

Stellungnahme / Antwort

zu Antrag-/Anfrage Nr. **AT/0066/2010**

der Stadtratssitzung am 01.07.2010

Punkt: ö.S. / nö.S.

Betr.: Antrag der FDP-Fraktion zur Kurt-Schumacher-Brücke

Stellungnahme

In Verantwortlichkeit zur Regelung und Steuerung des Verkehrs im Rahmen der Sicherheit und Leichtigkeit verfolgt die Straßenverkehrsbehörde nicht die Öffnung des Linksabbiegers im Einmündungsbereich Kurt-Schumacher-Brücke/ Koblenzer Straße.

Die jetzige Regelung wurde nach Erörterung in der Unfallhäufungskommission unter Beteiligung der Polizei sowie des Straßenbaulastträgers umgesetzt. Der Bereich wurde erfolgreich als Unfallhäufungsstelle entschärft. Seit Umsetzung der Regelung ist die Einmündung nicht mehr als Unfallhäufungsstelle in Erscheinung getreten.

Neben den Gesichtspunkten zur Sicherheit des Verkehrs wurde auch bereits in 2006 gutachterlich eine resultierende Verkehrsverlagerung untersucht.

Die Mehrverkehre bei Öffnung des Linksabbiegers könnten sich für den allgemeinen Fahrzeugverkehr nach Osten nur durch gleichzeitige Öffnung der Moselweißer Straße am Knotenpunkt Behringstraße/Blücherstraße verteilen. Hier würde sich das Kfz-Aufkommen im folgenden Straßenabschnitt (d.h. bis zur Steinstraße) nicht nur verdoppeln, sondern zwischen 15 und 19 Uhr um den Faktor 2,7 zunehmen, u.a. weil auch andere Ströme dieses Angebot nutzen würden. Es käme in der Spitzenstunde alle vier Sekunden ein Kfz hinzu (15 Kfz pro Minute). Diese Änderung hätte demnach gerade für eine Straße mit geschlossener Bauweise mit einer besonders hohen Wohndichte besonders negative Auswirkungen (Sicherheit, Lärm- und Abgasimmissionen, usw.). Im Zuge einer Öffnung der Moselweißer Straße wäre selbst die Leistungsfähigkeit des Saarplatz-Kreisels eingeschränkt.

Die Einrichtung der Koblenzer Straße zwischen Ferdinand-Sauerbruch-Straße und der Einfahrt zum Kemperhof zur 30er-Zone ist nicht möglich, da es sich hier um eine klassifizierte Straße handelt (K2).

Im Zuge der Planungskonzeption der Verbindung Kurt-Schumacher-Brücke/Beatusstraße werden die Verkehre neu geordnet. Es ist vorgesehen in 2010 für die Planungsmaßnahme ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchzuführen und die Gesamtmaßnahme an ein Ingenieurbüro oder eine Arbeitsgemeinschaft zu vergeben. Inwieweit hieraus geeignete Zwischenlösungen entwickelt werden können, bleibt abzuwarten.

Die Verwaltung empfiehlt, die Angelegenheit in den FBA IV zu verweisen und dort gemeinsam mit der Neuplanung „Verbindung Kurt-Schumacher-Brücke/Beatusstraße“ zu bearbeiten.

